

Antrag P.20: Demokratie verteidigen - Antifaschismus konkret machen!

Laufende Nummer: 97

Antragsteller*in:	Demokratische Linke
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Partei
Schlagwörter:	Antragsheft 2

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Demokratie verteidigen – Antifaschismus konkret machen!**

2 Unsere Demokratie ist aktuell ernsthaft in Gefahr. Die zunehmenden Spannungen in der
3 Regierungskoalition auf Bundesebene, die Schwäche der SPD in Umfragen und die hohen
4 Umfragewerte für die AfD machen die Entscheidung, ob eine rechtsextreme Kraft
5 erstmals nach 1945 direkten Einfluss auf Gesetzes- und Regierungsentscheidungen
6 erhält, zur Tagesfrage. Das ist brandgefährlich. Teile der Konservativen äußern immer
7 lauter Planspiele, mit einer CDU-Minderheitsregierung ggf. Mehrheiten mit der AfD zu
8 suchen und die Brandmauer zu schleifen. In Sachsen-Anhalt ist absehbar, dass ein
9 Fernhalten der AfD von der Regierungsmacht nur durch Kooperation von CDU, SPD und
10 Linken zu gewährleisten ist. Dort steht die AfD auf fast 40 Prozent. Schon ein
11 Scheitern der SPD an der 5-Prozent-Hürde kann eine Situation hervorbringen, in der
12 die AfD aus eigener Kraft die Regierungsmacht erreicht.

13 Wir werden daher in nächster Zeit alle unsere Handlungsmöglichkeiten nutzen und
14 stärken müssen, um unserem Versprechen aus der Bundestagswahl, die Brandmauer zu
15 sein, gerecht zu werden. Unsere Handlungsmöglichkeiten dafür sind breiter geworden.
16 Wir haben das strategische Dreieck erweitert, um auf die Herausforderung zu
17 reagieren: Neben die Beteiligung an sozialen Bewegungen und außerparlamentarischen
18 Protesten ist die Aufbauarbeit von unten getreten: Unterstützung, Mobilisierung und
19 Organisation in Kiezen, Quartieren und Stadtteilen. Neben der Mitgestaltung als
20 parlamentarische Opposition, als Teil der Regierung oder Tolerierungspartner haben
21 sich neue Formen der vereinbarten Zusammenarbeit zwischen Fraktionen entwickelt.
22 Neben dem Eintreten für gesellschaftliche Alternativen jenseits des Kapitalismus ist
23 der Kampf um die Hegemonie in mittelfristigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen
24 wichtig geworden: Für oder gegen Klimatransformation von Wirtschaft und
25 Energiesystem. Für oder gegen transnationale Regeln. Für oder gegen eine offene,
26 kritische, plurale Zivilgesellschaft.

27 Unsere unterschiedlichen Handlungsebenen stehen immer auch in Spannungen zueinander,
28 aber wir können auf keine davon verzichten. Es gibt ermutigende Beispiele wie die
29 Parlamentswahlen in Ungarn. Dort gelang es – wie auch 2023 in Polen – eine
30 langjährige Periode autoritären Staatsumbaus zu beenden und eine autoritäre Regierung
31 abzuwählen. Das war nur möglich durch die Verbindung von Basisarbeit, Protesten,
32 Bündnissen und dem Angebot einer möglichen Regierungsalternative.

33 Was heißt das für uns?

- 34 • **Progressive Mehrheiten erkämpfen:** Wir brauchen eine Perspektive für einen
35 Machtwechsel auf Bundesebene. Ein progressives Bündnis mit SPD und Grünen hätte

36 genügend Übereinstimmungen, für deren Durchsetzung es sich zu kämpfen lohnt:
37 Eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Dividenden;
38 eine Bürgerversicherung, bei der endlich alle in Kranken-, Pflege- und
39 Rentenversicherung einzahlen; eine massive Förderung und Planung von Energie-
40 und Klimawende in Wirtschaft, Erzeugung und Versorgung; eine klare Abgrenzung
41 von völkerrechtswidrigen militärischen Abenteuern; eine Lockerung der
42 Schuldenbremse; eine Bundesbaugesellschaft für den sozialen Wohnungsbau; mehr
43 Bundesbeteiligung an Bildungs- und Sozialausgaben; Entlastung der Kommunen. Eine
44 klare Kante gegen den organisierten Rechtsextremismus; mutige Schritte zu einem
45 sozialen und demokratischen Europa; einen funktionsfähigen Rechtsstaat, der
46 gegen politisch motivierten Abbau gesichert wird. Die Initiative dazu sollte von
47 uns ausgehen – die Rollen haben sich verändert.

48 • **Die Brandmauer halten:** Antifaschistische Politik muss das Ziel verfolgen, die
49 AfD von jedem Einfluss auf Bundes- und Landesregierungen fernzuhalten. Das kann,
50 bei aller Widersprüchlichkeit, auch Kooperationen mit der CDU erfordern, zum
51 Beispiel, wenn es um Mehrheiten in Landtagen oder um Zweidrittelmehrheiten im
52 Bundestag geht. Die Bundestagsfraktion der Linken und die Fraktionen in
53 Thüringen und Sachsen haben sich dieser Herausforderung bereits gestellt. Sie
54 haben Demokratie-Blockaden verhindert, die nur der AfD genützt hätten. Diesen
55 Weg müssen wir weiter gehen. Das können wir nur, wenn klar ist: Entscheidungen
56 werden in der Linken auf der Ebene gefällt, die dafür zuständig ist. Ein
57 „demokratischer Zentralismus“ oder ein Verunklaren der jeweiligen Rollen
58 widerspricht nicht nur unserem Demokratieverständnis, sondern genügt auch nicht
59 den aktuellen Anforderungen, unter den jeweiligen konkreten Bedingungen flexibel
60 auf diese zu reagieren und sie zu gestalten.

61 • **Analytisch klar werden:** Es ist richtig, dass sich der Aufstieg der radikalen
62 Rechten nur durch eine andere, soziale Politik brechen lässt. Aber es gibt einen
63 fundamentalen Unterschied zwischen „normalen“ Konservativen und Liberalen und
64 der extremen Rechten, zwischen CDU und AfD. Die einen machen falsche Politik.
65 Die anderen kündigen Menschenrechte auf und arbeiten bewusst an der Zerstörung
66 der demokratischen Institutionen. Diesen Unterschied darf antifaschistische
67 Politik nicht verwischen – und der Prozess zu unserem neuen Grundsatzprogramm
68 muss diese Differenzierung reflektieren. Wenn die fortschrittlichen Kräfte nur
69 Bündnisse mit sich selbst schließen wollen, können wir die Faschisten nicht von
70 der Macht fernhalten.

71 • **Einen anderen Sound stark machen:** Wir haben heute keinen Mangel an
72 Krisenbewusstsein. Wir haben einen Mangel an Zuversicht, dass etwas anderes als
73 Krise wieder möglich ist. Dass sich Realismus angesichts der Probleme mit
74 Reformen verbinden lässt, die positive Veränderungen der Verhältnisse möglich
75 machen. Den vermeintlichen Realismus dürfen wir nicht den Rechten überlassen,
76 wenn wir ihre regressiven Versprechungen angreifen und kontern wollen. Eine
77 immer tiefere gesellschaftliche Polarisierung ist von links nicht zu gewinnen.
78 Wir müssen uns verbünden mit denen, für die Zuhören, Aushandeln, vernünftige
79 Entscheidungen treffen und praktisches Handeln noch Werte sind. Das ergibt sich
80 auch aus unserem feministischen Anspruch. Wir merken selbst in unseren
81 Strukturen: Die hohen Eintrittszahlen von Frauen schlagen sich bisher nicht in
82 einer gleichen Teilhabe in Kreis- und Landesstrukturen nieder. Zu den vielen

83 Gründen dafür gehört auch eine oft zu große Distanz zu konkreten Problemen, ein
84 zugespitztes Schwarz-Weiß-Denken untereinander, eine zu starke Konzentration auf
85 vermeintlich endgültig zu entscheidende ideologische Schlachten. Unserem
86 Anspruch auf revolutionäre Freundlichkeit haben wir nicht immer genügt. Um die
87 autoritäre Bedrohung erfolgreich zurückzudrängen, wollen wir diese revolutionäre
88 Freundlichkeit wieder stärker leben.

89 • **Demokratie leben:** Auf die Einschränkung der Demokratie von Rechtsaußen dürfen
90 wir nicht mit einer Entdemokratisierung unserer eigenen Strukturen reagieren.
91 Unsere Geschichte als Linke – der stalinistischen Verbrechen und anderen
92 autoritären Politiken im Namen des Sozialismus – zeigt, dass Rechtsstaat,
93 Parlamentarismus und das Subsidiaritätsprinzip unverzichtbare Errungenschaften
94 sind. Das gilt für die Gesellschaft insgesamt wie für unsere innere Verfasstheit
95 als demokratisch-sozialistische Partei. Auch die Linke darf die liberale
96 Demokratie, bei aller berechtigten Kritik an ihren Beschränkungen, nicht
97 verächtlich machen. Autoritäre Narrative und antisemitische
98 Verschwörungstheorien bedienen wir nicht, sondern treten ihnen entgegen. Wir
99 stehen hinter dem Pluralismus in unserer Partei. Nur durch verschiedene
100 Positionen und das Ringen um sie können wir einen gemeinsamen Weg finden. Dazu
101 gehört, die demokratische Mitbestimmung unserer Kreis- und Landesverbände zu
102 stärken sowie Rechtsstaat und Demokratie auf allen Ebenen der Gesellschaft zu
103 verteidigen und auszubauen.

104 Der Parteivorstand wird daher dazu aufgefordert, im ersten Quartal 2027 eine
105 bundesweite Demokratiekonferenz einzuberufen, um zusammen mit der Zivilgesellschaft,
106 Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Religionsgemeinschaften und Kulturschaffenden
107 darüber zu beraten, wie wir rechte Mehrheiten und autoritäre Regierungen verhindern
108 können.

Begründung

Die akute Bedrohung unserer Gesellschaft durch die extreme Rechte, die bei den Landtagswahlen in diesem Jahr Regierungsmacht erlangen könnte, stellt unsere Partei vor eine große Herausforderung: Wir müssen zeigen, wie unser antifaschistischer Anspruch sich konkret in politisches Handeln umsetzen lässt. Die mögliche Machtübernahme der extremen Rechten zu verharmlosen oder achselzuckend hinzunehmen, kann für uns keine Option sein. Um dies zu begreifen, genügt ein Blick auf die Verheerungen, die extrem Rechte an der Macht etwa in den USA, Argentinien oder Ungarn angerichtet haben. In der Gesellschaft wie in unserer Partei gibt es eine lebendige Debatte über den richtigen Umgang mit der Bedrohung der Demokratie. Wir brauchen als Partei eine überzeugende Antwort – um unsere Genoss:innen zu unterstützen, die in den Kommunen und Ländern den antifaschistischen Kampf mit Bündnispartnern täglich führen, aber auch, um der ganzen Gesellschaft zu zeigen, dass wir das antifaschistische Versprechen halten, das so viele Menschen von uns überzeugt hat. Zugleich müssen wir unsere Partei selbst gegen die Versuchungen des autoritären Zeitgeistes wappnen. Entscheidend ist es auch, Perspektiven aufzuzeigen, die aus dem gegenwärtigen Zustand der gesellschaftlichen Resignation hinausweisen. Dieser Antrag der Demokratischen Linken schlägt dem Parteitag Leitlinien für eine solche Strategie vor. Sie versteht Antifaschismus in einem umfassenden Sinn, macht konkrete Handlungsvorschläge und lässt zugleich Raum dafür, an verschiedenen Orten eigenständig die jeweils passenden Antworten zu finden.

Empfehlung für PV

Empfehlung Änderungsantrag des PV, ggf. Zusammenführung mit P.24 und P.28 zu Kompromisspositionen.

Intention der AS: Die AS skizzieren eine strategische Linie zu antifaschistischer Politik: Regierungsverantwortung mit SPD und Grünen anstreben, Kooperationen mit der CDU auf Bundes- und Landesebene gegen die AfD, eine analytische Unterscheidung zwischen AfD und CDU, sowie eine Positionierung gegen wahrgenommene Entdemokratisierung in der Linken. Zudem soll die Partei im Frühjahr 2027 einen Demokratiekongress organisieren.

Begründung: Die Haltung und die Forderungen zum Umgang mit der extremen Rechten decken sich weitgehend mit dem Leitantrag, bisheriger Beschlusslage und Strategie. Diese Teile können unproblematisch angenommen werden.

Was deckt sich nicht mit dem Leitantrag bzw. sollte ggf. geändert werden:

- Der Antrag fordert R2G als Machtoption auf Bundesebene anzustreben. Das ist im Leitantrag (bewusst) nicht enthalten.
- Bzgl. Zusammenarbeit mit der CDU gegen die AfD fehlen bisher Kriterien, unter denen wir uns an Landesregierungen beteiligen (wie im Leitantrag).
- Im Abschnitt zur analytischen Unterscheidung zwischen AfD und CDU könnten Faschisierung und die Radikalisierung der CDU ergänzt werden. Dieser Aspekt fehlt bisher.
- Die Passage zu Entdemokratisierung könnte an Stellen entschärft werden, um als weniger provokant und selbstkritisch wahrgenommen zu werden.

Der Handlungsauftrag, eine Demokratiekonferenz zu organisieren, ist eine politische (und finanzielle) Entscheidung. Es könnte zeitlich und inhaltlich sinnvoll sein, diese als Teil des Themas Faschisierung und Rechtsruck der Programmdebatte mitzudenken.